

.SIAK-Journal – Zeitschrift für Polizeiwissenschaft und polizeiliche Praxis



Blasi, Walter (2013):

Die DDR-Spionage in Österreich. Technologiediebstahl in Österreich – ein Phänomen des Kalten Krieges oder aktueller denn je?

SIAK-Journal – Zeitschrift für
Polizeiwissenschaft und polizeiliche Praxis
(1), 72-80.

doi: 10.7396/2013_1_G

Um auf diesen Artikel als Quelle zu verweisen, verwenden Sie bitte folgende Angaben:

Blasi, Walter (2013). Die DDR-Spionage in Österreich. Technologiediebstahl in Österreich – ein Phänomen des Kalten Krieges oder aktueller denn je?, SIAK-Journal – Zeitschrift für Polizeiwissenschaft und polizeiliche Praxis (1), 72-80, Online:
http://dx.doi.org/10.7396/2013_1_G.

© Bundesministerium für Inneres – Sicherheitsakademie / Verlag NWV, 2013

Hinweis: Die gedruckte Ausgabe des Artikels ist in der Print-Version des SIAK-Journals im Verlag NWV (<http://nwv.at>) erschienen.

Online publiziert: 07-2013

Die DDR-Spionage in Österreich

Technologiediebstahl in Österreich – ein Phänomen des Kalten Krieges oder aktueller denn je?



WALTER BLASI,
*wissenschaftlicher Mitarbeiter
am Institut für Wissenschaft und
Forschung, Sicherheitsakademie
im Bundesministerium für Inneres.*

Firmengeheimnisse auszuspähen bzw. Technologiediebstahl fällt sicherlich nicht in die Kategorie „Kavaliersdelikt“. Den heimischen Firmen entstand dadurch enormer Schaden – ganz zu schweigen von den noch jahrelang später spürbaren Folgen für die Unternehmen, wie dramatische Umsatzeinbußen oder im Extremfall der wirtschaftliche Ruin mit einer daraus resultierenden Arbeitslosigkeit unzähliger Mitarbeiter in oft wirtschaftlich schwachen Regionen. Während des Kalten Krieges und der Teilung der „Welt“ in zwei Blöcke war man sich des Ausspionierens von militärischen, wirtschaftlichen und technischen Informationen durch die Gegenseite durchaus bewusst und setzte entsprechende Maßnahmen. Auf Grund der guten Quellenlage – der Untergang eines Staates oder politischen Systems kann sich für den Historiker als Glücksfall erweisen, was die Fülle an Unterlagen angeht – wird am Beispiel des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) der ehemaligen DDR die Technologiebeschaffung durch seine Agenten in Österreich dargestellt. Mit dem wirtschaftlichen Zusammenbruch des Ostblocks ging man davon aus, dass die Welt nun eine friedliche(re) sein werde, und der Wegfall weltpolitischer Widersprüche ließ den Politikwissenschaftler Francis Fukuyama gar „das Ende der Geschichte“ verkünden. Doch bald sollte sich für die unterbeschäftigten Nachrichtendienste in Ost und West ein neues altes Betätigungsfeld finden, nämlich die Wirtschafts- und Industriespionage in ungeahntem Ausmaß.

1. EINLEITUNG

Der völlige Zusammenbruch bzw. Untergang eines Staates bietet oft die einmalige und nicht selten die einzige Chance, tiefergehende (Er-)Kenntnisse als es sonst üblich ist über dessen Nachrichtendienst(e) und deren Tätigkeiten zu erlangen, wenn nicht vorher eine Aktenvernichtungsaktion durch die ehemaligen „Herren“ vorgenommen wurde. Als der so genannte Ostblock im Jahre 1989/90 – wirtschaftlich – kollabierte, bedeutete dies unter anderem auch das Ende der Deutschen Demokratischen Republik (DDR), die in weiterer Folge mit der Bundesrepublik

Deutschland (BRD) vereinigt wurde. Alle anderen Ostblockstaaten blieben bestehen und erfuhren eine demokratische Transformation. Die Öffnung der „Geheimdienstarchive“ fand jedoch eher eingeschränkt bis gar nicht statt. Im Falle der DDR war dies – siehe oben – anders. Die Aufarbeitung der Diktatur der „Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“ (SED) beinhaltet auch die Einsicht und Benützung der zivilen und militärischen nachrichtendienstlichen Unterlagen zu Forschungszwecken – soweit sie eben die vorangegangenen Vernichtungsaktionen überlebt haben.

Die Akten des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS)¹ wurden einer besonderen Verwaltung überstellt, nämlich dem „Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR“ (nach ihrem Gründer und Leiter zu meist Gauck-Behörde genannt). Diese sind unter bestimmten Auflagen einsehbar, was letztlich gar nicht selbstverständlich ist. Wäre es nämlich nach dem Willen vieler Politiker in Bonn bzw. auch ehemaliger „Stasi“-Akteure im Osten gegangen, so wären sie unter Verschluss geblieben oder gar vernichtet worden. Dass dies nicht geschehen ist, ist einer beherzten Aktion der DDR-Bürgerrechtsbewegung zu verdanken (Krieger/Weber 1997, 11).

2. DAS MFS – SCHILD UND SCHWERT DER PARTEI

Die SED konnte ihre Macht nur unter dem Schutz der Sowjets und mit Hilfe eines gigantischen Sicherheitsapparates errichten und aufrechterhalten. Das wahre Ausmaß der nach Zugang zu den Archiven offen liegenden Aktivitäten dieses Unterdrückungs- und Kontrollapparates übertraf selbst die Vermutungen scharfsinniger und weitsichtiger Analytiker (Schroeder 2000, 430).

Die DDR-Staatssicherheit war ihrem Ursprung und ihrem wichtigsten Zweck nach eine Geheimpolizei, die Gegner der Parteidiktatur, bzw. wen sie dafür hielt, überwachte und bekämpfte. Zugleich war die Staatssicherheit einer der weltweit erfolgreichsten Nachrichtendienste für Spionage und Spionageabwehr. Im Laufe der Jahre wuchs der Apparat zu einer Großbürokratie mit einer Vielzahl weiterer Aufgaben an (Personenschutz, Passkontrolle sowie Waffen- und Technologiehandel) (Gieseke 2000, 5).

Berühmtheit erlangte die Hauptverwaltung Aufklärung (HVA), der Auslandsnachrichtendienst des MfS, unter ihrem

langjährigen Leiter Markus Wolf wegen ihrer spektakulären Erfolge. Das war unter anderem die Platzierung des Spions Günter Guillaume in der engsten Umgebung des deutschen Bundeskanzlers Willy Brandt oder die Arbeit von „Topas“ alias Rainer Rupp im Internationalen Stab der NATO in Brüssel. Eine herbe Niederlage für die HVA war jedoch die 1979 erfolgte Flucht des Oberleutnants Werner Stiller², eines Führungsoffiziers im Sektor Wissenschaft und Technik (Stiller 1986, 448). Die Schaffung dieser Organisation geht auf das Jahr 1956 zurück, als die SED auf ihrer III. Parteikonferenz verkündete, auf allen Gebieten der Wirtschaft internationalen Standard erreichen zu wollen, d.h. die SED forderte eine schnelle Entwicklung von Wissenschaft und Technik.

Günter Mittag, Politbüromitglied und führender Wirtschaftsfunktionär, spielte eine Schlüsselrolle im Zusammenspiel zwischen der wissenschaftlich-technischen Entwicklung und dem MfS. Er erhielt nicht nur vom MfS Informationen, sondern kooperierte auch aktiv mit dem Ministerium für Außenhandel und dem Chef der Abteilung für Kommerzielle Koordinierung (KoKo), Alexander Schalck-Golodkowski, oberster Devisenbeschaffer des SED-Staates, Offizier im besonderen Einsatz des MfS und enger „Geschäftspartner“ des bayrischen Ministerpräsidenten und „Klassenfeindes“ Franz Josef Strauß. Auch die verschiedenen Wissenschaftsministerien, darunter das Ministerium für Wissenschaft und Technik sowie das Ministerium für Elektronik, arbeiteten mit Mittag zusammen. In den 1980er Jahren kooperierte das MfS mit Schalck-Golodkowski, Mittag und dem Ministerium für Elektronik, um z.B. in den Besitz von Computern zu gelangen, die dem westlichen Embargo unterlagen (Macrakis 1997, 61 f). Näheres dazu später.

3. ZUR WIRTSCHAFT DER DDR

Nach Ende des Zweiten Weltkrieges im Jahre 1945 war die Ausgangssituation für die beiden deutschen Staaten weitgehend dieselbe: zerstörte Städte, vernichtete Vermögen und ein zerstörter Kapitalstock. Beiden wurde die Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung der jeweiligen Besatzungsmacht aufgezwungen bzw. nahe gelegt. Das sozialistische System in der DDR – und nicht nur dort – sollte sich letztlich als das unterlegene erweisen, das mit einem ökonomischen, sozialen und politischen Bankrott endete: Ende der 1980er Jahre war der Kapitalstock der DDR weitgehend verschlissen, was auf Grund des fortgeschrittenen Alters des Ausrüstungsbestandes der Industrie eine hohe Reparaturanfälligkeit zur Folge hatte. Entsprechend niedrig waren wirtschaftliche Leistungskraft und Produktivität der DDR-Wirtschaft. Eine Folge der niedrigen Arbeitsproduktivität war der chronische Arbeitskräftemangel. Die Intensivierung der Produktion blieb weit hinter den Erwartungen zurück, die Modernisierung der Wirtschaft in den Ansätzen stecken (der „Modernisierungsrückstand“ belief sich auf mindestens 20 Jahre), und letztlich gelang nicht einmal mehr der Ersatz des verbrauchten Kapitalstocks. Auch die in einem ungeheuren Kraftakt vollzogene „Exportoffensive“ im letzten Jahrzehnt der DDR vermochte es nicht, die dramatische Außenverschuldung auch nur zu bremsen (Schroeder 2000, 509 ff). Der SED-Staat stand vor dem Staatsbankrott.

4. DIE WIRTSCHAFTSBEZIEHUNGEN DDR – ÖSTERREICH

Die DDR wurde erst durch den Abschluss des Grundlagenvertrages mit der Bundesrepublik Deutschland im Dezember 1972 international akzeptiert. Damit wurde ein entscheidendes Ziel erreicht, nämlich die Anerkennung ihrer Souveränität und ih-

rer Grenzen. Bis dahin hatte die 1955 beschlossene Hallstein-Doktrin Gültigkeit, die den Abbruch der bundesdeutschen Beziehungen zu Staaten, die die DDR anerkennen, festlegte. Nach der Unterzeichnung konnte die DDR noch im selben Monat diplomatische Beziehungen zu 20 Staaten herstellen, darunter auch zu Österreich (Weber 1988, 84 f).

1972, im Jahr der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Österreich und der DDR, hieß der Bundeskanzler in Österreich Bruno Kreisky. Kreisky, dessen persönliches Steckenpferd die Außenpolitik war, hatte schon seit längerer Zeit Kontakte zu osteuropäischen Staaten gepflegt und er sah sich gerne in einer „Vorreiterrolle“. Handel zwischen Österreich und der DDR gab es allerdings schon früher.

Nach dem Zweiten Weltkrieg waren die österreichisch-ostdeutschen Wirtschaftsbeziehungen zunächst nicht durch eine zwischenstaatliche Übereinkunft geregelt. Der bilaterale Handel wurde auf Kompensationsebene und auf quasi-privater Grundlage abgewickelt. Der Warenaustausch stieg zwar zwischen 1951 und 1953 signifikant an, dennoch lag der ostdeutsche Anteil am österreichischen Gesamt-Außenhandel zwischen ein und zwei Prozent des Volumens. Von ebenso peripherer Bedeutung war der Österreichhandel für die DDR. Österreichischerseits war man auf Grund der krisenanfälligen Leichtindustrie eher an Absatzmärkten für „einfache“ Konsumgüter interessiert. Die DDR nutzte wiederum die Gelegenheit, strategisch wichtige Engpassmaterialien zu importieren; sie bezog auch auf dem Weg über Österreich aus anderen Ländern Güter, weshalb auf der Exportseite ein Teil der Waren für den Reexport bestimmt war. 1953 kam es zu einer Normalisierung der Handelsbeziehungen. Sie erfolgte nicht auf Regierungsebene, sondern über die öster-

reichische Bundeskammer für gewerbliche Wirtschaft und die ostdeutsche Kammer für Außenhandel. Der Gütertausch erfolgte nach wie vor auf Kompensationsbasis und auf der Grundlage der Reziprozität. Als Problem erwiesen sich der mangelnde Qualitätsstandard der DDR-Maschinen sowie laxer Lieferfristen und -konditionen.

Wichtigste Handelspartner Österreichs waren die USA und Deutschland. Auf Grund mangelnder Modernisierungstendenzen der österreichischen Wirtschaft entwickelte sich die Handelsbilanz mit fast allen westlichen Staaten passiv. Aktiv hingegen war sie mit den meisten Staaten des östlichen Wirtschaftsverbundes RGW (Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe). Dies ließ eine Hinwendung zu den Märkten der ost- und ostmitteleuropäischen Länder wünschenswert erscheinen. Das Verhältnis zur BRD, des wichtigsten Handelspartners, bestimmte jedoch das Verhalten gegenüber der DDR: Die Handelsbeziehungen zum SED-Staat spielten weiterhin lediglich eine periphere Rolle.

Österreich verfolgte in den 1960er Jahren weiter sein Balancedenken: Hinwendung zur Europäischen Gemeinschaft und Interesse an langfristigen Handelsabkommen mit den RGW-Ländern. Die angepeilte Modernisierung der DDR-Wirtschaft erforderte seitens Ostberlins eine intensivere Nutzung von Wissenschaft und Technik und in der Folge ein gesteigertes Interesse an der österreichischen Wirtschaft als Lieferant moderner Technologie. Dennoch bewegten sich die Wirtschaftsbeziehungen auf niedrigem Niveau. Dessen ungeachtet erklärte 1966 die DDR Österreich zum handelspolitischen Schwerpunktland.

In den frühen 1970er Jahren wurde eine neue Qualität in den bilateralen Wirtschaftsbeziehungen erreicht. 1973 wurde auf Grund der Normalisierung der diplomatischen Beziehungen der erste offizielle Vertrag über einen weiteren Ausbau des

Handels unterzeichnet. 1974 wurde ein zusätzlicher Vertrag über die wirtschaftliche, industrielle und technische Zusammenarbeit geschlossen. Die verstaatlichten Stahlindustrien beider Länder, ebenso die Chemie, der Maschinenbau und die Elektrotechnik bekundeten starkes Interesse an intensiverer Kooperation in Forschung und Entwicklung (Boyer 2005).

1979 bis 1986 kann als die goldene Zeit des österreichischen DDR-Außenhandels bezeichnet werden. Der Handel wies gegen Ende der 1970er Jahre enorme Wachstumsraten auf. 1983 stieg der Export um 76,8 %. Auch die Einfuhren aus der DDR stiegen seit 1979 beträchtlich. In den 1980er Jahren dürften 50 bis 60 % des Handels zwischen den beiden Volkswirtschaften über die von KPÖ-nahen Treuhändern mit österreichischer Staatsbürgerschaft geleitete Firma Novum abgewickelt worden sein, die durch diese Vermittlerrolle hohe Gewinne abwarf. Zwischen der KoKo und dem Wirtschaftsapparat der KPÖ gab es enge Beziehungen.

Bundeskanzler Kreisky sah im Osthandel eine Möglichkeit, die negativen Folgen der weltweiten Wirtschaftskrise und besonders der Stahlkrise auf die österreichische verstaatlichte Industrie abzuwehren (Stolzechner 2005). Ausgezeichnete Wirtschaftsbeziehungen zwischen den beiden Staaten sollten das MfS jedoch nicht abhalten, Österreich zu nachrichtendienstlichen Zwecken bzw. für illegale Maßnahmen zu „missbrauchen“.

5. ÖSTERREICH ALS ATTRAKTIVES OPERATIONS- GEBIET

Weshalb Wien besonders attraktiv war, hatte mehrere Gründe. Einerseits war es die geopolitische Lage Österreichs. Wien war zwischen den Machtblöcken eine politische Pufferzone und ein diplomatischer Verkehrsknotenpunkt. Für die tschechoslowakischen und ungarischen Dienste

war die Nähe zu Wien optimal für ihre Tätigkeit; ein rasches Untertauchen hinter dem „Eisernen Vorhang“ war kein Problem. Auch die ostdeutsche Staatssicherheit bediente sich dieser Möglichkeit (Möchel 1992, 12).

Ferner war Österreichs Neutralität ein wichtiger Faktor für die ausländische Spionagetätigkeit. Es war für Angehörige von Ostblockstaaten leichter, in ein neutrales Land zu reisen, als in ein NATO-Mitgliedsland. Wien als UNO-Sitz bot überdies zahlreichen internationalen Organisationen die Möglichkeit, Nachrichtendienstangehörige unterzubringen (Möchel 1992, 16).

Ein weiterer Grund für die Attraktivität Österreichs als „Spionagestandort“ ist die österreichische Gesetzgebung. Das Strafausmaß für Spionagetätigkeit ist relativ gering.

Primär war die Spionage nicht gegen Österreich³, sondern gegen die vom österreichischen Staatsgebiet aus operierenden gegnerischen Dienste gerichtet. In erster Linie nutzte die Stasi Österreich für Treffen und als Reisetransitland. Aber auch der CIA und der westdeutsche Bundesnachrichtendienst (BND) lagen im Fokus des ostdeutschen Dienstes (Möchel 1992, 247).

Ein weiteres großes Aufklärungsfeld war die Wirtschaftsspionage. Österreich war in vielen Bereichen der industriellen Entwicklung führend und somit trachteten die Nachrichtendienste, vor allem die östlichen, an die gewünschten Informationen heranzukommen.

6. WIRTSCHAFTSSPIONAGE BZW. TECHNOLOGIETRANSFER DURCH DIE STASI

Zwischen Ost und West war manches Wissen legal austauschbar, aber Technik durfte in den Ostblock größtenteils nicht legal exportiert oder transferiert werden, weil Embargobestimmungen und industrielle Restriktionen dies unterbanden. Interne

Unternehmensinformationen sowie militärische Wissenschaft und Technologie waren durch Geheimhaltungsvorschriften vom freien Austausch ausgeschlossen. Als Reaktion auf diese Einschränkungen schufen die östlichen Nachrichtendienste Organisationseinheiten für die wissenschaftlich-technische Aufklärung, um die steigenden technologischen Bedürfnisse des eigenen Landes befriedigen zu können (Macrakis 1997, 61). Vor allem die DDR war ein zentraler Akteur bei der Beschaffung von wissenschaftlichen Ergebnissen und technischem Know-how aus dem Westen und deren Transfer in den übrigen Ostblock, primär in die Sowjetunion. Gerade die Wiener Residentur wird als Bindeglied für den Technologietransfer zwischen Ost und West gekennzeichnet (Macrakis 1997, 60 f).

In der DDR gab es im Wesentlichen zwei Kanäle „zur illegalen, halblegalen und legalen Beschaffung von westlicher Technologie“. Der halblegale und bisweilen legale Weg war der Import westlicher Waren durch das Ministerium für Außenhandel und seinem 1966 gegründeten Bereich Kommerzielle Koordinierung (KoKo), dessen Leiter der bereits erwähnte Alexander Schalck-Golodkowski war. Obwohl das Ministerium für Außenhandel offiziell keine geheimdienstliche Einrichtung darstellte, waren sämtliche leitende Funktionäre entweder hauptamtliche oder inoffizielle Mitarbeiter des MfS. KoKo übernahm die Geldwäsche für die von der DDR und dem MfS verwendeten harten Devisen und gründete Tarnfirmen, um mit westlichen Unternehmen Geschäfte machen zu können. Alleine 90 % der DDR-Mikroelektronik sollen durch Schalck-Golodkowski illegal beschafft worden sein.

Die zweite Beschaffungsschiene war der zur HVA gehörige Sektor für Wissenschaft und Technik (SWT). Während sich die KoKo auf den Erwerb von Ausrüstungen,

speziell Computern, konzentrierte, befasste sich der SWT mit typischer Spionagearbeit – dem Beschaffen von Skizzen, Plänen, wissenschaftlichen Informationen usw. (später auch Geräten) durch im Westen verteilte Agenten. Hier erfolgte auch ständig eine Analyse der wissenschaftlich-technischen Errungenschaften des Gegners. Die Bedeutung dieses Bereichs lässt sich leicht erkennen, verfügte diese Einrichtung in den 1950er Jahren gerade über 35 Offiziere, so gehörten gegen Ende der DDR dem SWT zwischen 300 und 400 Mitarbeiter an (Macrakis 1997, 63–69).

7. WIEN ALS EIN ZENTRUM DES TECHNOLOGIETRANSFERS

Um das Embargo⁴ zu umgehen, wurden neutrale Staaten durch den SWT für die Beschaffung von HiTech-Gütern genutzt. In den 1960er, 1970er und 1980er Jahren war Österreich für die DDR, die Sowjetunion und andere Ostblockländer für solche Aktivitäten ein besonders günstiger Platz. Der SWT verwendete das neutrale Österreich zum Export von Materialien in die DDR und zugleich als Sitz einer illegalen Residentur; im Fall der Wiener Residentur wurden HiTech-Unternehmen als Tarnfirmen für vom SWT gelenkte Tätigkeiten verwendet. Ostberlin importierte daher wissenschaftliche Ausrüstungen aus Ländern, in denen der Export von Embargogütern in die Ostblockstaaten verboten war, oftmals über Österreich. So war die DDR in den späten 1960er Jahren z.B. am Import von Ausrüstungen zur Unterstützung ihrer Kunststoffindustrie interessiert; konkret hatte man eine ganze Anlage von Uhde-Hoechst aus Westdeutschland im Auge. Da das MfS annahm, diese stünde auf der Embargoliste, sollte sie eben über Österreich beschafft werden (Macrakis 1997, 73).

1971 markiert einen Meilenstein. Der SWT-Offizier Horst Müller warb den mit

dem Kommunismus sympathisierenden österreichischen Geschäftsmann Rudi Wein an. Allmählich kamen weitere Agenten hinzu. Wien wurde zu einer Filiale der DDR-Aufklärung. Tarnfirmen mit engen Verbindungen zur DDR wurden gegründet. Häufig waren die Konten in der Schweiz zu finden. Der größere Teil der Informationen, die an diese Firmen kamen, stammten aus dem Silicon Valley in den USA (Pretterebner 1989, 104). Udo Proksch, eine schillernde Figur und Club-45-Gründer, sowie jener besagte Rudi Wein hatten bereits Ende der 1960er Jahre – noch vor der Errichtung der Wiener Residentur – begonnen, HiTech-Firmen (Kibolac, Rudolf Sacher Inc. und Lylac) zu gründen. Sie alle befassten sich mit illegalem Technologietransfer und unterhielten ausgezeichnete Geschäftsbeziehungen in die DDR. Anfänglich war den Österreichern nicht bewusst, dass sie es mit einem Nachrichtendienst zu tun hatten. Es war übrigens Stiller, der die Wiener Residentur enttarnte (Macrakis 1997, 73 f).

Bereits in den 1960er Jahren ist ein Wirtschaftsspionagefall aufgefliegen. Im Dezember 1964 wurden fünf DDR-Agenten verhaftet, die im Metallwerk Plansee in Tirol (das als HiTech-Unternehmen ständig Ziel von Spionage war), den Vereinigten Österreichischen Eisen- und Stahlwerken (VOEST) sowie bei Semperit spionierten. Eine Agentin war die Sekretärin der Bundesparteilitung der ÖVP, die von der DDR eingeschleust worden war (Siebenmorgen 1993, 121).

8. EXKURS: DIE NEUTRALE SCHWEIZ ALS TECHNOLOGIETRANSFERSCHEIBE

Aus den Unterlagen beim Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen (BStU) ist die große Bedeutung der Schweiz für die Beschaffung von Embargogütern unter Umgehung westlicher Ausfuhrbestim-

mungen und von schwer beschaffbaren Waren aus dem nicht-sozialistischen Ausland klar erkennbar. Allerdings wirkten nur einige wenige schweizerische Unternehmen gegen hohe „Risiko-Preisauflschläge“ bewusst mit. Hauptakteure waren zwei Schweizer Geschäftsleute. Das tatsächliche Ausmaß der in der Schweiz durchgeführten Wirtschaftsspionage ist schwer zu bestimmen, da die diesbezüglichen Akten nicht mehr existieren (Veleff 2006, 83). Allerdings stand als Durchgangsland oder als Ort für operative Treffen Österreich in der Gunst höher als die Schweiz, weil in Österreich für DDR-Bürger keine Visumpflicht bestand (Veleff 2006, 30).

9. NACH DEM KALTEN KRIEG: DIE WIRTSCHAFTSSPIONAGE BOOMT

„Hauptsache keinen Ärger und kein Aufsehen (...)“. Das ist die Ansicht des österreichischen Journalisten Kid Möchel, was die Tätigkeit von MfS-Agenten in Österreich betrifft. Eine vollständige Aufarbeitung der Stasi-Tätigkeit wurde in Österreich nie in Angriff genommen. Auch die Medienberichterstattung war bis auf ein paar Ausnahmen eher zurückhaltend. Das Interesse der österreichischen Politiker bzw. der Bevölkerung, aber auch der ermittelnden Behörden hielt sich vermutlich nicht nur wegen der Verjährung der Delikte in Grenzen.

Mit dem Ende des Kalten Krieges und dem Wegfall der „alten Gegner“ wurde die Existenz der Nachrichtendienste umgekrempelt. Die Dienste mussten sich neue Aufgaben suchen. Eine davon war die Wirtschaftsspionage. Frankreichs Nachrichtendienstchef Pierre Marion bekannte 1991 öffentlich, eine entsprechende Abteilung eingerichtet zu haben. Wörtlich sagte er dazu: „Wir sollten nicht unter einem Schuldkomplex leiden – alle Länder praktizieren so etwas, die Japaner und Sowjets

besonders, und selbst die Amerikaner“ (Mayer 1993, 30). Dazu ein Beispiel aus den frühen 1990er Jahren. In einem Land der Dritten Welt sollte ein Kernkraftwerk errichtet werden. Drei Konkurrenten hatten sich um den Auftrag beworben. Ein japanisches, ein amerikanisches und ein multinationales Unternehmen mit britischen Partnern. Sowohl die CIA als auch das britische „General Communications Headquarters“ (GCHQ) hörten offenbar die japanische Firma ab und tauschten aus, was sie in Erfahrung gebracht hatten. Die Japaner sollen dem Vernehmen nach sehr viel mehr Bestechungsgeld als die anderen Bewerber bezahlt und dadurch den Auftrag erhalten haben, obwohl ihr Anbot nicht das günstigste war. Diese nachrichtendienstliche Information soll in Washington einen handfesten Streit mit den Japanern ausgelöst haben (Dallas 1992, 41). Im April 1992 behaupteten der CIA-Direktor William Gates sowie der FBI-Direktor William Session vor einem Ausschuss des US-Repräsentantenhauses, ihre Organisationen würden sich nach dem Ende des Kalten Krieges zunehmend der Bekämpfung von Wirtschaftsspionage widmen. Insgesamt 20 Regierungen Asiens, Osteuropas, des Nahen Ostens und auch Lateinamerikas sollen demnach Aktivitäten betreiben, die der amerikanischen Wirtschaft schaden (Mayer 1993, 30).

Konnte man bei „historisch gewordenen Verbrechen“ noch eine Vogel-Strauß-Politik betreiben, so mussten diverse Stellen in Österreich erkennen, dass heimische Unternehmen, die hinsichtlich Innovation, Forschung, Know-how und Produktionsqualität am Weltmarkt bestens aufgestellt bzw. sogar weltmarktführend sind, zunehmend Opfer von „Auskundschaftungen von Geschäfts- oder Betriebsgeheimnissen“ (§ 124 Strafgesetzbuch) werden – sei es durch ausländische Nachrichtendienste oder sei es einfach durch Konkurrenzun-

ternehmen (Schlichtherle 2010, 63). 2012 sorgte vor allem der Fall „Windtec“ für Aufregung in Österreich. Ein Mitarbeiter des Windradentwicklers „AMSC Windtec“ in Klagenfurt hatte gegen Bezahlung diverse Programme an den chinesischen Konkurrenten „Sinovel“ weitergegeben. Der Mitarbeiter wurde zwar verurteilt, der wirtschaftliche Schaden aber war enorm. Entlassungen von Mitarbeitern durch massive Umsatzeinbrüche waren die Folge, weil „Sinovel“ kostengünstigere Angebote als „Windtec“ machen konnte. Von diesem Verrat war auch die Mutterfirma in den USA betroffen, so dass diese sogar die Auslieferung des verurteilten Mitarbeiters verlangte (Der Standard 2012).

Unternehmen sprechen allerdings nicht gerne darüber, wenn sie Opfer eines Technologiediebstahls geworden sind. Grund dafür ist, dass ein bekannt gewordener Spionagefall das wirtschaftliche Todesurteil für viele Betriebe sein kann, vor allem für Betriebe, die im Zuliefererbereich tätig sind, wie dies in Österreich der Fall ist – für die Alpenrepublik sind übrigens als einziges Land keine genauen Zahlen verfügbar. Experten sind der Ansicht, dass die Wirtschaftsspionage in den nächsten Jahren noch weiter zunehmen wird, weil China, Russland und Schwellenländer, wie Indien und Brasilien, ihr wirtschaftliches Niveau anheben wollen. Sogar den USA werden solche Aktivitäten nachgesagt (Die Presse 2010).

Folglich hat Österreich ein berechtigtes Interesse am Schutz der heimischen Wirtschaftsunternehmen. Daher hat das Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT) ein sogenanntes „Awareness-Programm“ ausgearbeitet (Schlichtherle 2010, 63). Im Rahmen des Projektes „Gefahren durch Wirtschafts- und Industriespionage für die österreichische Wirtschaft“ wurde im ersten Halbjahr 2010 eine Studie

durchgeführt, an welcher das BVT, die Fachhochschule Campus Wien, die Wirtschaftskammer Österreich und die Industriellenvereinigung beteiligt waren. Daraus entstand das Handbuch „Wirtschafts- und Industriespionage: Know-how-Schutz für die österreichische Wirtschaft“, das neben der Sicherheitsplattform⁵ großen Zuspruch seitens der österreichischen Unternehmen fand. Ziel der Sicherheitsbehörden ist es jedenfalls, den Managern von Unternehmen bewusst zu machen, dass jeder Betrieb – unabhängig von Größe, Umsatz oder Marktpräsenz – von Wirtschafts- und Industriespionage betroffen sein kann (Verfassungsschutzbericht 2012).

Wirtschafts- und Industriespionage ist aber kein wirklich neuer Zweig von Informationsbeschaffung. Menschen haben zu allen Zeiten und überall technische Fähigkeiten „ausspioniert“. Das begann bereits vor eineinhalb Millionen Jahren, als irgendwo einer der Vorfahren des modernen Menschen von einem anderen abschaute, wie man Feuer künstlich entfachen konnte. Der erste „echte“ Fall von Wirtschaftsspionage reicht etwa 1.500 Jahre vor unsere Zeit zurück. Eine chinesische Prinzessin soll damals Seidenraupen in einer blumengeschmückten Kopfbedeckung erstmals außer Landes zu ihrem Bräutigam nach Indien geschafft haben. 552 nach Christus haben zwei Mönche die Eier der Seidenraupe in ausgehöhlten Wanderstäben nach Byzanz gebracht und sie dort der Kaiserin Theodora geschenkt. Von hier aus breitete sich die Seidenherstellung nach Griechenland, Italien und Frankreich aus. Die Liste an Artikeln und Erfindungen, die das Interesse von „Agenten“ über Jahrhunderte geweckt haben, ließe sich beliebig fortsetzen. Heute sind es eben die Elektrotechnik und die Hochtechnologie (Mayer 1993, 30).

¹ Die Unterlagen des militärischen Nachrichtendienstes befinden sich im Bundesarchiv-Militärarchiv in Freiburg im Breisgau.

² Stillers Flucht stürzte seine ehemalige Dienststelle in eine Krise. Bis zu seiner Flucht wusste die westliche Aufklärung nur sehr wenig über den „Sektor“; man hatte lediglich eine Zunahme der Wirtschaftsspionage in den 1970er Jahren registriert. Es konnten durch Stillers Aussagen nicht nur DDR-Agenten enttarnt werden, sondern auch Agenten in Firmen und Forschungsinstituten.

³ Studiert man die Literatur und vor allem die entsprechenden SIRA-Unterlagen, so wird das Ausmaß des nachrichtendienstlichen Interesses Ostberlins an Österreich erkennbar. Die elektronischen Datenbanken der Spionageabteilung des MfS, der Hauptverwaltung Aufklärung (HVA), sind unter dem Namen SIRA (System der Informationsrecherche der HVA) bekannt geworden.

⁴ Bereits 1949 wurde das Coordinating Committee (Koordinierungsausschuss für Ost-West-Handelspolitik; CoCon genannt) von den USA, Großbritannien, Frankreich, Italien und den Beneluxstaaten gegründet. Ziel war es zu verhindern, dass die Sowjetunion und ihre Verbündeten über den Zugang zu westlicher HiTech ihre militärische Stärke verbessern konnten; siehe dazu Hartmann/Stock 1984, 30.

⁵ www.sicherheitsportal.at/wis.

Quellenangaben

Bundesministerium für Inneres (Hg.) (2012). *Verfassungsschutzbericht*.

Boyer, C. (2005). *Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Österreich und der Sowjetischen Besatzungszone in Deutschland (SBZ) bzw. der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) 1945–1973*, ungedrucktes Manuskript.

Dallas, R. (1992). *All Her Majesty's Men*, *NZZ Folio* (11), 40–41.

Der Standard (2012). *Wirtschaftsspionage trifft jede zweite Firma, vom 23.04.2012 auf <http://derstandard.at/>*.

Die Presse (2010). *Wirtschaftsspionage: Schaden in Milliardenhöhe, vom 05.06.2010 auf <http://diepresse.com/home/wirtschaft/economist/>*.

Gieseke, J. (2000). *Die DDR-Staatssicherheit. Schild und Schwert der Partei*, Bonn.

Hartmann, W.-D./Stock, W. (1984). *Internationaler Technologieaustausch – Kooperation oder Konfrontation? Mythos und Realität US-amerikanischer Konzeptionen des Technologietransfers in den Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen*, Berlin.

Krieger, W./Weber, J. (1997). *Nutzen und Probleme der zeitgeschichtlichen Forschung über Nachrichtendienste*, in: Krieger, W./Weber, J. (Hg.) *Spionage für den Frieden? Nachrichtendienste in Deutschland während des Kalten Krie-*

ges, München und Landsberg am Lech. Macrakis, K. (1997). *Das Ringen um wissenschaftlich-technischen Höchststand: Spionage und Technologietransfer in der DDR*, in: Hoffmann, D./Macrakis, K. (Hg.) *Naturwissenschaft und Technik in der DDR*, Berlin.

Mayer, W. (1993). *Die Industriespionage. Tatort Chefbüro, Geschichte mit Pfiff* (3), 29–30.

Möchel, K. (1992). *Der geheime Krieg der Agenten. Spionagedrehscheibe Wien*, Hamburg.

Pretterebner, H. (1989). *Der Fall Lucona. Ost-Spionage, Korruption und Mord im Dunstkreis der Regierungsspitze*, Wien.

Schlichtherle, W. (2010). *Staatspolizei in Österreich. Entwicklung und aktueller Stand*, Saarbrücken.

Schroeder, K. (2000). *Der SED-Staat. Partei, Staat und Gesellschaft 1949–1990*, München.

Siebenmorgen, P. (1993). „*Staatssicherheit“ der DDR: Der Westen im Fadenkreuz der Stasi*, Bonn.

Stiller, W. (1986). *Im Zentrum der Spionage*, Mainz.

Stolzlechner, R. (2005). *Österreichs Wirtschaftsbeziehungen mit der DDR*, ungedrucktes Manuskript.

Veleff, P. (2006). *Spionageziel Schweiz? Die Geheimdienste der DDR und deren Aktivitäten in der Schweiz*, Zürich.

Weber, H. (1988). *Die DDR 1945–1986*, München.